

Kollaps abgewendet - Klimaschutz vertagt Bewertung der Ergebnisse der Klimakonferenz in Durban 2011

1. Gesamteinschätzung

Tatsächlich konnte in Durban ein Kollaps der UN-Klimaverhandlungen in letzter Minute abgewendet und leichte Fortschritte erzielt werden. Entscheidend dafür war auch, dass die EU inklusive Deutschland maßgeblich an dem Aufbau einer politischen Allianz mit den besonders verletzlichen Staaten (insbesondere kleine Inselstaaten und die ärmsten Entwicklungsländer) beteiligt war. Die Ergebnisse reichen allerdings nicht aus, um die Erderwärmung auf unter zwei Grad zu beschränken. In Durban wurde zwar ein gemeinsamer Fahrplan für ein Abkommen bis 2015 beschlossen, das alle Länder umschließt. Es soll jedoch erst 2020 in Kraft treten. In den kommenden drei Jahren müssen nun ambitionierte Emissionsminderungsziele beschlossen werden, damit eine Erderwärmung von über zwei Grad Celsius verhindert werden kann.

Fortschritte gab es vor allem bei der Umsetzung und Konkretisierung der Cancún-Beschlüsse in den Bereichen Anpassung an den Klimawandel und Institutionalisierung des Grünen Klimafonds.

Für die Bundesregierung sieht VENRO jetzt die folgenden Schritte als besonders wichtig an:

- Die Bundesregierung muss auf höchster Ebene ihren Widerstand aufgeben, das europäische Klimaziel auf 30% zu erhöhen, und sich aktiv für einen entsprechenden Beschluss in der ersten Jahreshälfte einsetzen, um dieses Ziel auch im Einklang mit dem UNFCCC-Zeitplan zum 1. Mai an das Klimasekretariat zu melden;
- Die Bundesregierung sollte den Aufbau bzw. die Festigung von Allianzen mit progressiven Entwicklungs- und Schwellenländern strategisch stärken und konkretisieren;
- Die Bundesregierung sollte einen Plan zur weiteren Anhebung der Klimafinanzierung und zur Sicherung derselben vor dem Hintergrund gesunkener Zertifikatspreise im EU-Emissionshandel erarbeiten.
- Die Bundesregierung sollte (abgestimmt in der EU) hochrangige Experten für die Besetzung neu geschaffener Institutionen nominieren;

2. Die VENRO-Forderungen im Einzelnen

1. Das Zwei-Grad-Limit durchsetzen: ambitioniert, verbindlich, fair

In Durban wurde ein gemeinsamer Fahrplan für ein rechtlich verbindliches Regime verabschiedet. Die in Durban beschlossene „Ad-hoc-Arbeitsgruppe zur Durban-Plattform für verstärktes Handeln“ soll bis 2015 ein für alle Länder rechtlich verbindliches Abkommen („develop a protocol, another legal instrument or an agreed outcome with legal force under the

UNFCCC applicable to all parties) ausarbeiten, das bis 2015 verhandelt und dann ab 2020 umgesetzt werden soll. Die genaue rechtliche Form bleibt allerdings noch ungeklärt. Mit diesem Beschluss konnte ein Abdriften in die Unverbindlichkeit der internationalen Klimapolitik abgewendet werden.

Allerdings werden die dringend notwendigen Schritte für einen ambitionierten Klimaschutz viel zu weit nach hinten geschoben. Die internationale Gemeinschaft bewegt sich nun auf 3,5 bis 4 Grad Erwärmung zu. Denn gemäß Durban-Fahrplan sollen bis spätestens 2015 verbindliche Ziele für Emissionsminderungen festgelegt sein. In Kraft treten sie jedoch erst 2020. Das heißt, dass die Ambition der bisherigen Klimaschutzziele parallel zu dem Verhandlungsprozess zu einem neuen Abkommen, also vor 2020, erhöht werden muss. In Durban wurde nur vage beschlossen, einen Arbeitsplan zur Erhöhung der Ambition zu entwickeln, der jetzt hohe Priorität haben muss. Es wurde eingeladen, bis zum 28. Februar Vorschläge für dieses Arbeitsprogramm beim UN-Klimasekretariat einzureichen.

Auftrieb beim Klimaschutz könnte es geben durch die Berücksichtigung des Fünften Sachstandsberichts des Intergovernmental Panel in Climate Change (IPCC) und der Ergebnisse des beschlossenen Reviewprozesses (2013-15). Die EU ist nun dringend aufgefordert, während der dänischen EU-Ratspräsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 2012 ihr Reduktionsziel von 20 auf 30 Prozent hochzuschrauben.

Des Weiteren wurde eine zweite Verpflichtungsperiode für das Kyoto-Protokoll beschlossen, für die insbesondere die EU zentral ist. Es ist eher fraglich, ob weitere relevante Industrieländer in die zweite Verpflichtungsperiode einsteigen. Dieser Prozess kann jedoch Druck aufbauen und das Zustandekommen eines verbindlichen alle Länder umfassenden Klimaabkommens fördern. Offen ist noch, ob die zweite Verpflichtungsperiode 2017 oder 2020 endet.

2. Anpassung an den Klimawandel voranbringen

Im Bereich Anpassung an den Klimawandel wurden in Durban Fortschritte erzielt. Zum Anpassungskomitee, das bereits in Cancún beschlossen wurde, wurden konkrete Arbeitsschritte vereinbart, die positiv zu bewerten sind. So ist das Komitee der COP verantwortlich, die Entwicklungsländer haben in der Zusammensetzung eine Mehrheit, Input und Beratung durch die Zivilgesellschaft ist ausdrücklich vorgesehen. Das Gremium soll nun in den kommenden 12 Monaten ein Arbeitsprogramm für drei Jahre vorlegen.

Bereits in Cancún wurde ein Arbeitsprogramm zu klimawandelbedingten Schäden („loss and damage“) beschlossen. In Durban wurde die thematische Struktur des Programms konkretisiert und Aktivitäten wie regionale Workshops festgelegt. Ziel ist es, für COP 18 in Katar Ende des Jahres Vorschläge für weitere Schritte vorzulegen. Begrüßenswert ist, dass dabei auch ein insbesondere von den Inselstaaten geforderter Internationaler Mechanismus und eine Klimaversicherungsfazilität in Betracht gezogen werden.

In Cancún wurde ein Prozess zur Unterstützung der LDC und anderer besonders verletzlicher Länder bei der Entwicklung von mittel- und langfristigen Nationalen Anpassungsplänen beschlossen, der in Durban weiterentwickelt werden sollte. Nach deutlich schwierigeren Verhandlungen als erwartet wurde eine Einigung erzielt und nächste Schritte vereinbart. Die ausreichende Finanzierung dieses Prozesses ist allerdings noch fraglich.

Im Hinblick auf die Finanzierung wird in den Abschlussdokumenten auf eine angemessene Finanzierung zwischen Anpassung und Klimaschutz im Rahmen des neuen Grünen Klima-

fonds verwiesen, die Frage der Zwischenfinanzierung – es wird einige Zeit dauern bis der Grüne Klimafond arbeitet – blieb unbeantwortet.

3. Klimafinanzierung: verlässlich, transparent und innovativ

Eine der wichtigsten Errungenschaften in Durban ist die Institutionalisierung des Grünen Klimafonds. Der Vorschlag des Transitional Committee – bereits in Cancún zur Ausgestaltung des Grünen Klimafonds eingesetzt – wurde ohne Änderungen angenommen, obwohl das Abschlussdokument des Transitional Committee im Oktober 2011 nicht im Konsens verabschiedet wurde.

Eine Reihe von kontroversen Aspekten wurde in einer Rahmenentscheidung in Durban thematisiert. Diese betreffen den Sitz des Sekretariats, erste Finanzierungszusagen, Ansiedelung des Übergangsekretariats bei der UNFCCC in Bonn in Zusammenarbeit mit der Globalen Umweltfazilität (GEF). Die Bundesregierung hat in Durban ihr Interesse daran bekundet, den GCF in Deutschland anzusiedeln, neben der Schweiz, Singapur und Südkorea.

„Hinsichtlich der langfristigen Finanzierungslücke – Aufwuchs auf 100 Milliarden jährlich ab 2020 – ist man in Durban unkonkret geblieben. Es wurde lediglich ein einjähriges Arbeitsprogramm zur langfristigen Finanzierung ins Leben gerufen, das sich mit der Mobilisierung von Ressourcen aus verschiedenen Quellen (öffentlich/privat, alternative Quellen) beschäftigen soll. Innovative Finanzierungsquellen wie die Abgabe auf den Schiffs- und Luftverkehr sind nicht explizit erwähnt.“ Dieses Arbeitsprogramm beinhaltet Workshops für das Jahr 2012. Auf der kommenden COP 18 in Katar soll zeitnah über das Arbeitsprogramm berichtet werden.

Positiv zu werten ist, dass Deutschland in Durban 40 Millionen Euro zugesagt hat – allerdings nicht direkt für den GCF, sondern um die Entwicklungsländer für die Unterstützung aus dem GCF vorzubereiten. Dies ist ein guter Anfang. Deutschland sollte jetzt ein Aufwuchsszenario für die Jahre 2013-2020 ausarbeiten, das aufzeigt, wie Deutschland seinen fairen Beitrag zum 100-Milliarden-Ziel bereitstellen will. Der deutsche Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung insgesamt sollte bis 2020 bei jährlich 7-10 Milliarden Euro liegen. Der deutsche Beitrag für den Green Climate Fund sollte bereits ab 2013 auf 1 Milliarde pro Jahr ansteigen.

Das Standing Committee on Finance, das bereits in Cancún beschlossen wurde, wurde weiter operationalisiert. Es arbeitet nun direkt der COP zu und nicht einem ihrer Nebenorgane. Das Standing Committee soll der nächsten COP in Katar ein Arbeitsprogramm vorstellen. Seine Beratung soll zu größerer Kohärenz beim Finanzierungsmechanismus der UNFCCC beitragen.

4. Ökologisch und sozial verträgliche Förderung von Waldschutz

Waldschutz in Entwicklungsländern firmiert bei den UNFCCC-Verhandlungen unter dem Begriff „Reducing Emissions from Deforestation and Degradation“ (REDDplus). Bezüglich Anleitungen und Regeln zur Sicherung der sozialen und der Umweltintegrität bleibt der schließlich vereinbarte Text hinter den Erwartungen vieler Länder und der kritischen Zivilgesellschaft zurück und bietet Ländern und Durchführungsorganisationen von REDDplus-Vorhaben keine weitergehende Hilfestellung. Die Entscheidung bleibt vage und unkonkret, und lässt damit auch noch einigen Spielraum für Interpretationen. Besonders die Vereinbarungen zu den Schutzbestimmungen („safeguards“) sind sehr schwach: Länder können dem-

nach entscheiden, ab wann sie über „Safeguards“ berichten und welche Informationen sie bereitstellen. Ein Rückschritt gegenüber der Vereinbarung von Cancún ist die Vereinbarung, dass REDD-Länder nur eine Zusammenfassung der erhobenen Informationen zu „Safeguards“ bereitstellen sollen – anstelle einer formellen und standardisierten Berichterstattung an UNFCCC.

Bezüglich der Finanzierung von REDDplus verbindet der Entscheidungstext die finanzielle Unterstützung von REDDplus-Vorhaben für erfolgsbasierte Zahlungen mit den vereinbarten Schutzbestimmungen und Berichterstattungsmodalitäten und stellt somit Konditionalitäten zur Wahrung der Umweltintegrität und dem Schutz der Menschenrechte auf. Dies ist eine positive Entwicklung, die auch von vielen Umwelt- und Entwicklungsorganisation gefordert wurde. Die Entscheidung listet zudem verschiedene Finanzierungsoptionen für REDDplus auf (öffentlich, privat, bilateral, multilateral, über einen Markt und über nicht marktbasierende Ansätze), aber ohne Präferenzen oder Einschätzungen abzugeben. Für konkretere Empfehlungen werden in 2012 die Verhandlungen fortgeführt.

Impressum:

Herausgeber

Verband Entwicklungspolitik deutscher
Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO)

Dr. Werner-Schuster-Haus

Kaiserstraße 201

53113 Bonn

Tel.: 0228/9 46 77-0

Fax: 0228/9 46 77-99

Autoren: Dr. Bernd Bornhorst, VENRO-Vorstand, Sven Harmeling, (Sprecher VENRO-AG
Klimawandel und Entwicklung), Anke Kurat (VENRO-Geschäftsstelle)

E-Mail: sekretariat@venro.org

Internet: www.venro.org

Bonn, 24. Januar 2012

Anhang: Die VENRO-Forderungen (Standpunkt: „Fortschritt statt Kollaps) und die Beschlüsse von Durban im Vergleich

VENRO-Forderungen	Beschlüsse Durban
1. Das Zwei-Grad-Limit durchsetzen: ambitioniert, verbindlich, fair	
<p>1. Sich dafür einzusetzen, dass in Durban ein Mandat und ein Fahrplan für ein umfassendes und verbindliches Klimaabkommen bis 2015 beschlossen werden, die spätestens ab 2018 alle großen Emittenten einschließen. In diesem Kontext sollten die EU und möglichst viele weitere Industrieländer eine zweite Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls beschließen sowie auf einen starken „Review-Prozess“ hinwirken, um die Ambitionen auf Basis der wissenschaftlich identifizierten Notwendigkeiten – insbesondere im Rahmen des 5. IPCC-Berichts – deutlich zu erhöhen.</p> <p>2. Sich dafür stark zu machen, dass die EU ihr Emissionsziel auf 30 Prozent erhöht. Gleichzeitig sollte die Bundesregierung ihre nationalen Emissionsreduktionsziele von mindestens 40 Prozent bis 2020 und von 80 bis 95 Prozent bis 2050 gegenüber 1990 erfüllen und die konkreten Klimaziele verbindlich in einem Klimaschutzgesetz festschreiben. Es ist erforderlich, dass Deutschland einen Null-Emissionsfahrplan für die Zeit bis 2050 erstellt, in dem zumindest die bis 2020/2030 konkret umzusetzenden Maßnahmen definiert werden.</p> <p>3. Sich dafür einzusetzen, dass die Umweltintegrität des Kyoto-Protokolls erhöht wird. Eine Reform des CDM ist überfällig. Die Schlupflöcher bei der Anrechnung von Landnutzungsänderungen (LULUCF) müssen geschlossen und ein einheitliches, ökologisch integriertes System für die Berechnung der aus Landnutzung entstehenden Emissionen entwickelt werden.</p>	<p>COP 17, Durban Platform for Enhanced Action</p> <p>2. <i>Also decides</i> to launch a process <u>to develop a protocol, another legal instrument or an agreed outcome with legal force under the Convention applicable to all Parties</u>, through a subsidiary body under the Convention hereby established and to be known as the Ad Hoc Working Group on the Durban Platform for Enhanced Action;</p> <p>4. <i>Decides</i> that the Ad Hoc Working Group on the Durban Platform for Enhanced Action shall complete its work as early as possible but <u>no later than 2015</u> in order to adopt this protocol, legal instrument or agreed outcome with legal force at the twenty-first session of the Conference of the Parties and for it to come into effect and be <u>implemented from 2020</u>;</p> <p>6. <i>Further decides</i> that the process shall <u>raise the level of ambition</u> and shall be informed, inter alia, by the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change, the outcomes of the 2013-2015 review and the work of the subsidiary bodies;</p> <p>COP 17-Text, LCA</p> <p>11. <i>Requests</i> developed country Parties to share experiences with the development of low-emission development strategies during the in-session workshops referred to in paragraph 5(b) above, and invites developed country Parties to submit information related to progress towards the formulation of their low-emission development strategies.</p> <p>13. <i>Decides</i> that developed country Parties shall use the UNFCCC biennial reporting guidelines for developed country Parties for the preparation of their first biennial reports, taking into account their national circumstances; and <u>submit their first biennial reports to the secretariat by 1 January 2014</u>, and their second and subsequent biennial reports two years after the due date of a full national communication (i.e. in 2016, 2020);</p> <p>14. <i>Decides</i> also that Parties included in Annex I to the Convention (Annex I Parties) shall submit a <u>full national communication every four years</u>, noting that the next due date after adoption of this decision is 1 January 2014;</p> <p>Kyoto-Text, CMP 7</p> <p><i>Aiming to ensure</i> that aggregate emissions of greenhouse gases by Parties included in Annex I are reduced by at least 25-40 per cent below 1990 levels by 2020, noting in this regard the relevance of the review (...) to be concluded by 2015,</p> <p>1. <i>Decides</i> that the <u>second commitment period</u> under the Kyoto Protocol shall begin on 1 January 2013 and end either on 31 December 2017 or 31 December 2020, to be decided by the Ad Hoc Working Group on Further Commitments for Annex I Parties under the Kyoto Protocol at its seventeenth session;</p>

VENRO-Forderungen	Beschlüsse Durban
2. Anpassung an den Klimawandel voranbringen	
<p>1. Das Anpassungskomitee muss operationalisiert werden. Wichtige Parameter für eine gute Entscheidung sind eine zügige Aufnahme der Arbeit, Teilhabe der Zivilgesellschaft, eine Mehrheit für die Entwicklungsländer in der Steuerungsstruktur und ein hohes Profil im Prozess der UNFCCC durch eine direkte Verbindung zur COP.</p> <p>2. Das Arbeitsprogramm zu Schäden und Verlusten aus dem Klimawandel muss konkretisiert und nächste Schritte für 2012 müssen beschlossen werden mit dem Ziel, bei der COP18 Ende 2012 eine weitreichende Entscheidung zur Etablierung eines umfassenderen Mechanismus zu treffen.</p> <p>3. Bezüglich der Unterstützung der LDC und anderer besonders verletzlicher Entwicklungsländer sollten in Durban die nächsten Schritte im Prozess zu Nationalen Anpassungsplänen (NAP) unternommen werden, indem über die Leitlinien und Modalitäten für die Unterstützung dieser Länder entschieden wird.</p> <p>4. Die Umsetzung dieser Rahmenvereinbarung muss durch ausreichende und vorhersehbare Finanzierung sichergestellt werden, unter anderem aus dem neuen Klimafonds, ebenso wie durch eine insgesamt ausgewogene Verteilung der Gelder zwischen Anpassung und Vermeidung.</p>	<p>COP 17-Text, LCA</p> <p>95. <i>Also decides</i> that the Adaptation Committee shall operate under the authority of, and be accountable to, the COP, which should decide on its policies in line with relevant decisions;</p> <p>97. <i>Also requests</i> the Adaptation Committee during its first year to develop a three-year plan for its work, which should include milestones, activities, deliverables and resource requirements,</p> <p>101. <i>Decides</i> that the Adaptation Committee shall comprise 16 members (...) with the aim of achieving a fair, equitable and balanced representation as follows:</p> <p>(a) Two members from each of the five United Nations regional groups; (b) One member from a small island developing State; (c) One member from a least developed country Party; (d) Two members from Parties included in Annex I to the Convention (Annex I Parties); (e) Two members from Parties not included in Annex I to the Convention (non-Annex I Parties);</p> <p>102. <i>Urges</i> regional groups in making their nominations to consider the special needs and concerns of particularly vulnerable developing countries;</p> <p>105. <i>Also agrees</i> that the Adaptation Committee should <u>seek input from</u> intergovernmental, international, regional, national and subnational organizations, centres and networks, the private sector and <u>civil society</u>, in undertaking its work, and to invite advisers drawn from them to participate in its meetings as expert advisers on specific issues as they arise;</p> <p>115. <i>Also decides</i> that the Adaptation Committee shall convene its first meeting soon after the seventeenth session of the Conference of the Parties;</p> <p>COP 17, loss and damage</p> <p>5. <i>Appreciates</i> the need to explore a range of possible approaches and potential mechanisms, including an international mechanism, to address loss and damage, with a view to making recommendations on loss and damage to the Conference of the Parties for its consideration at its eighteenth session,</p> <p>COP 17, NAP</p> <p>21. <i>Urges</i> developed country Parties to mobilize financial support for the national adaptation plan process for least developed country Parties through bilateral and multilateral channels, including through the Least Developed Countries Fund;</p> <p>26. <i>Requests</i> the secretariat to prepare a synthesis report on the support for the national adaptation plan process for the least developed countries;</p> <p>31. <i>Invites</i> the operating entities of the financial mechanism of the Convention, bilateral and multilateral organizations and other institutions as appropriate, to provide financial and technical support to developing country Parties to plan, prioritize and implement their national adaptation planning measures;</p> <p>COP 17, GCF</p> <p>8. <i>Further requests</i> the Board to balance the allocation of the Green Climate Fund resources between adaptation and mitigation activities;</p>

VENRO-Forderungen	Beschlüsse Durban
3. Klimafinanzierung: verlässlich, transparent und innovativ	
<ol style="list-style-type: none"> 1. Sich dafür einzusetzen, dass der GCF in Durban operationalisiert wird. Anfang 2012 muss das Steuerungsgremium des GCF seine Arbeit aufnehmen. Dazu ist auch eine finanzielle Grundausstattung erforderlich. Die Bundesregierung sollte das Signal geben, dass sie den Fonds mit substantiellen Beiträgen ausstatten wird. 2. Dafür Sorge zu tragen, dass nach der 2012 endenden Schnellstartfinanzierung ab 2013 keine Finanzierungslücke entsteht. In Durban sollte, ausgehend von dem jetzigen Niveau von 10 Milliarden US-Dollar jährlich, ein Aufwuchs-Szenario für die Finanzierung von 100 Milliarden US-Dollar verabschiedet werden. Zudem sollte ein Arbeitsauftrag erteilt werden, der die Klärung des Verhältnisses von öffentlicher und privater Finanzierung im Rahmen dieses Versprechens in Angriff nimmt. 3. Sich dafür stark zu machen, dass ein Arbeitsprogramm zur Identifizierung innovativer Finanzierungsquellen verabredet wird. 4. Darauf hinzuwirken, dass die Industrieländer Lehren aus der Schnellstartfinanzierung ziehen und zu einer einheitlichen und ambitionierten Definition von „neu und zusätzlich“ finden. 5. Das „Standing Committee on Finance“ zu operationalisieren, mit dem Ziel einer größeren Kohärenz des Finanzmechanismus unter der Konvention. 	<p>COP 17, GCF</p> <p>6. <i>Requests</i> the Board to <u>operationalize the Fund in an expedited manner</u>;</p> <p>9. <i>Stresses</i> the need to secure funding for the Green Climate Fund(...) to facilitate its expeditious operationalization, and requests the Board to establish necessary policies and procedures, which will enable an early and adequate replenishment process;</p> <p>18. <i>Recognizing</i> the need to facilitate the immediate functioning of the Green Climate Fund and ensure its independence, requests the UNFCCC secretariat jointly with the Global Environment Facility secretariat to take the necessary administrative steps to set up the interim secretariat of the Green Climate Fund as an autonomous unit within the UNFCCC secretariat premises without undue delay after the seventeenth session of the Conference of the Parties so that the interim secretariat can provide technical, administrative and logistical support to the Board until the independent secretariat of the Green Climate Fund is established;</p> <p>23. <i>Requests</i> the interim secretariat to make arrangements for convening the <u>first Board meeting by 30 April 2012</u>;</p> <p>26. <i>Welcomes</i> the generous offers of the Republic of Korea, <u>Germany</u> and Denmark to <u>contribute to the start-up cost</u> of the Green Climate Fund.</p> <p>COP 17-Text, LCA</p> <p>78. <i>Agrees</i> to continue its <u>consideration of issues related to addressing emissions from international aviation and maritime transport</u>;</p> <p>126. <i>Affirms</i> the importance of continuing to provide ongoing support beyond 2012,</p> <p>127. <i>Decides</i> to undertake a work programme on long-term finance in 2012, including workshops, to progress on long-term finance</p> <p>130. <i>Decides</i> that the aim of this work programme referred to in paragraph 127 above is to contribute to the ongoing efforts to scale up the mobilization of climate change finance after 2012; the work programme will analyze options for the <u>mobilization of resources from a wide variety of sources</u>, public and private, bilateral and multilateral, including alternative sources and relevant analytical work on climate-related financing needs of developing countries; the analysis will draw upon relevant reports including that of the High-level Advisory Group on Climate Financing and the report on mobilizing climate finance for the G20 and the assessment criteria in the reports, and will also take into account <u>lessons learned from fast-start finance</u>;</p> <p>121. <i>Also decides</i> that the Standing Committee shall assist the Conference of the Parties in exercising its functions with respect to the financial mechanism of the Convention in terms of <u>improving coherence and coordination</u> in the delivery of climate change financing, rationalization of the financial mechanism, mobilization of financial resources, and measurement, reporting and verification of support provided to developing country Parties;</p> <p>COP17-Text, LCA, Annex 1</p> <p>18. (...) Parties shall clarify how they have determined that such resources are new and additional.</p>

VENRO-Forderungen	Beschlüsse Durban
4. Ökologisch und sozial verträgliche Förderung von Waldschutz	
<p>1. Verbindliche Regeln für Alle: Der in Cancún vereinbarte Rahmen für REDD-plus muss in Durban verbindlich vereinbart werden. Die blanken Überschriften des Rahmenwerkes müssen nun schnell mit verbindlichen Regeln für alle unterfüttert werden.</p> <p>2. Finanzierung sicherstellen: Die Verhandler müssen einen Arbeitsplan aufstellen und in den nächsten zwölf Monaten weiter ausarbeiten, wie und bis wann die Weltgemeinschaft die benötigten Summen aufbringen kann. Der GCF sollte in der Umsetzung eine zentrale Rolle spielen.</p> <p>3. Ursachen der Entwaldung verringern: Außerdem sollte man sich in den nächsten zwölf Monaten auf einen Katalog der wichtigsten internationalen Ursachen von Entwaldung in Tropenländern verständigen. In der Folge sollte zudem eine Strategie dazu vereinbart werden, wie und bis wann diese Punkte im Kontext der UNFCCC oder in anderen Gremien in Angriff genommen werden können.</p>	<p>COP 17-Text, LCA</p> <p>65. <i>Agrees</i> that results-based finance provided to developing country Parties that is new, additional and predictable may come from a wide variety of sources, public and private, bilateral and multilateral, including alternative sources;</p> <p>69. <i>Invites</i> Parties and accredited observers to submit to the secretariat, by 5 March 2012, their views on modalities and procedures for financing results-based actions and considering activities related to decision 1/CP.16, paragraphs 68-70 and 72;</p> <p>COP 17-Text, SBSTA</p> <p>2. <i>Agrees</i> that systems for providing information on how the safeguards referred to in appendix I to decision 1/CP.16 are addressed and respected should, taking into account national circumstances and respective capabilities, and recognizing national sovereignty and legislation, and relevant international obligations and agreements, and respecting gender considerations:</p> <ul style="list-style-type: none"> (a) Be consistent with the guidance identified in decision 1/CP.16, appendix I, paragraph 1; (b) Provide transparent and consistent information that is accessible by all relevant stakeholders and updated on a regular basis; (c) Be transparent and flexible to allow for improvements over time; (d) Provide information on how all of the safeguards referred to in appendix I to decision 1/CP.16 are being addressed and respected; (e) Be country-driven and implemented at the national level; (f) Build upon existing systems, as appropriate; <p>3. <i>Agrees</i> also that developing country Parties undertaking the activities referred to in decision 1/CP.16, paragraph 70, should provide a summary of information on how all of the safeguards referred to in decision 1/CP.16, appendix I, are being addressed and respected throughout the implementation of the activities;</p>